

STANDPUNKT

Von Bernd Hilder

Verharmlosende Wortklaubereien



Wer Brandanschläge auf die Bahn versucht und Menschenleben gefährdet, der begeht natürlich einen terroristischen Akt. Man sollte die Gewaltbereitschaft kleiner extremistischer Grüppchen nicht durch Wortklaubereien verharmlosen. Auch kann nur wenig Zweifel am gedanklich wirren linksradikalen Hintergrund der Täter bestehen, die als selbsternanntes Hekla-Empfangskomitee mancherlei Krudes gegen das zu stürzende System einzuwenden haben.

Klar ist aber auch, dass weder Brutalität der Täter noch ihr Organisationsgrad auf eine neue RAF hinweisen. Ob das allerdings so bleibt, ist völlig offen. Im Hier und Jetzt ist etwas anderes entscheidend: Dass die Täter fast täglich neue Brandbomben in Stellung bringen können, ohne erwischt zu werden, zeigt eine gewisse Hilflosigkeit von Polizei und Sicherheitsbehörden. Wollen sie nicht das Vertrauen der Bevölkerung verlieren, müssen sie schnelle Fahndungserfolge vorweisen. Ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit darf sich nicht entwickeln.

hilder.office@lvz.de

KOMMENTAR

Von Anita Kecke

Nur kurzes Aufatmen im Euro-Land



Euro-Land atmet auf. Die Slowaken dürften wie seinerzeit die Iren zweimal abstimmen, um sich als gute Europäer zu erweisen. Doch das Ja aus Bratislava zum größeren Auffangnetz für marode Eurostaaten bringt

noch nicht den erhofften Durchbruch. Schon zeichnet sich ab, dass der griechische Patient noch mehr Medizin braucht, als der Notfallplan vorsieht. Spanien und Italien sitzen mit Hustenanfällen im Wartezimmer. Und eine Radikalkur zur Genesung der Euro-Zone sind spürbaren Sanktionen für hartnäckige Schuldner und gegebenenfalls einer Änderung der Europäischen Verträge ist nicht in Sicht. Doch nicht die störrischen Slowaken haben die Euro-Krise heraufbeschworen. Sie nutzten allerdings die Gelegenheit, auf dem Rücken der angeschlagenen Euro-Gemeinschaft schmutzige innenpolitische Wäsche zu waschen. Auch mit einem solchen Verhalten stehen sie nicht allein. Und so manches Argument aus Bratislava dürfte auch andernorts auf Verständnis stoßen. Immerhin haben die gut fünf Millionen Slowaken kräftig sparen müssen, um ins Euro-Land zu kommen. Und viele von ihnen, die vom griechischen Wohlstand weit entfernt sind, fragen sich, warum sie dem hochverschuldeten Land beistehen sollen. Vergessen wird dabei allerdings, dass auch die Slowakei von EU und Euro profitiert, weil viel Geld geflossen ist und ausländische Investoren Arbeitsplätze schufen.

Europa ist eben eine Schicksalsgemeinschaft, die nicht weniger, sondern mehr Gemeinsamkeiten braucht. Letztendlich macht dies auch das verzögerte slowakische Ja deutlich. Bedauerlich ist jedoch, dass Ministerpräsidentin Iveta Radicova das Gezerre mit dem Sturz ihrer Regierung bezahlen muss. Dieser Kollateralschaden geht auf das Konto ihrer Politiker-Kollegen, die nur noch eigene Interessen im Blick hatten.

a.kecke@lvz.de

PRESSESCHAU

**Zu den Bahnanschlägen** meint *Der Südkurier* (Konstanz): „Gerade in der linksautonomen Szene verschwimmen die Grenzen zwischen extremistischem Weltbild und der schlichten Lust am Draufschlagen. Entscheidend ist nicht, ob die Gewalt von links oder von rechts kommt, sondern dass sie beendet wird. Der Rechtsstaat sollte auf beiden Augen wachsam bleiben.“

**Zu den Fluglotsen** findet die *Neue Osnabrücker Zeitung*: „Die tariflichen Verbesserungen in Form von mehr Geld und Höherstufungen können sich sehen lassen, zumal Fluglotsen auch bislang schon gut bezahlt wurden. Zweifellos hat das große Drophotenzial der kleinen Gewerkschaft die entscheidende Rolle gespielt.“

**Zum Gefangenenaustausch zwischen Israel und Palästinensern** bemerkt die *Berliner Zeitung*: „Der Gefangenendeal ist nicht der Beginn weiterführender Gespräche, sondern er soll sie ersetzen. Er beschäftigt eine Weile die Öffentlichkeit in Israel, in den besetzten Gebieten, in den USA und in Europa. Netanjahu gewinnt Zeit. Wohl auch für den Ausbau bestehender, womöglich für den Bau weiterer Siedlungen.“

**Zum selben Thema** schreibt der *Kölnner Stadt-Anzeiger*: „Nun wird Netanjahu als Schlichter Freibeuter in die Geschichte eingehen. Das ist mehr als ein persönlicher Triumph. Es ist ein symbolischer Befreiungsschlag in einer nationalen Krise.“

**Leipzig. Durch Radarstrahlung geschädigte Soldaten von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee der DDR sollen mit Hilfe einer Stiftung entschädigt werden. Nach jahrelangen auch juristischen Hickback bahnt sich eine Lösung für eine Spätfolge des Kalten Krieges an. Doch die Betroffenen sind verhalten optimistisch.**

Von ANDREAS FRIEDRICH

Walter Mämpel und Harry Widmer kennen sich flüchtig. Über Ratgeberseiten im Internet. Früher sind sie mal Feinde gewesen. Staatsfeinde sogar. Das würden sie aber so nie sagen. Das war ihnen auch damals nicht so bewusst. Doch der Kalte Krieg forderte solche Kategorien. Der Kalte Krieg ist das Schicksal der beiden Männer. Der Kalte Krieg und eine Verharmlosung von Röntgenstrahlung. Die traf sie bis ins Mark. Und das viele Stunden am Tag. Beide suchten an Flugsicherungsradargeräten den Himmel nach feindlichen Flugzeugen ab oder leiteten eigene sicher zu Landung. Doch der Feind saß viel näher. Er strahlte aus den stählernen Wänden, aus Bildschirm und bei Walter Mämpel auch aus den Instrumenten.

AN/CPN-4 hieß das Monster, in dem Mämpel zehn Jahre lang arbeitete und junge Radarmechaniker bei der Luftwaffe ausbildete. 1960 trat er seinen Dienst an. Er war kerngesund und stand in der Blüte seines Lebens. Doch Tag für Tag durchströmte Röntgen-, Hochfrequenz- und aus der Instrumentenbeleuchtung auch radioaktive Strahlung seinen Körper. Er bekam volle Breitseite. Seine Beine wurden dick, sein Immunsystem kollabierte, Kopf und Glieder schmerzten, er fühlte sich schwach und schwächer. 1966 brach er zusammen. Da war er gerade 28 Jahre alt.

„Die Ärzte wussten nicht, was mit mir los war“, erinnert sich Mämpel. Sie diagnostizierten Gelenkrheuma, schickten ihn zur Kur. Danach ging er wieder ans Gerät. Und alles begann von vorn. Irgendwann entdeckten die Ärzte eine Sarkoidose. Im Bindegewebe der Lunge hatten sich kleine Knötchen gebildet. „Zum Glück kein Krebs“, sagt Mämpel. Dennoch leidet er an den Strahlenschäden bis heute. Die Immunschwäche begleitet ihn, er hat Tinnitus, ständig ist ihm schwindlig, das Herz schlägt unregelmäßig, er kann sich schwer konzentrieren, musste seinen Job als Marketing-Direktor aufgeben.

„Meine Erkrankungen wurden nie mit Strahlung in Verbindung gebracht, obwohl ich den Ärzten sagte, wo ich arbeitete“, beklagt sich der 73-jährige Hannoveraner. Die Strahlung war nie gemessen worden. Die Bundeswehr verheimlichte sie. Nicht einmal die Armeearzte wussten von der Gefahr.

Die Geschichte von Harry Widmer klingt ähnlich. Man muss nur Bundeswehr durch Nationale Volksarmee ersetzen. Beim Herzberger reichte der Grundwehrdienst, um sich eine kreberregende Röntgendosis einzufangen. Nach sechs Wochen Einarbeitung in Cottbus kam Widmer als Funkortler in die funktechnische Kompanie 413 und überwachte von Dahme in der Mark im 24-Stunden-Dienst die Flugbewegungen von und nach Berlin. P 12 hieß sein grüner Gerätewagen, war nicht amerikanischer, sondern sowjetischer Bauart. Die Strahlung war die gleiche. Die Schädigung ähnlich.

Sechs Jahre nach Ende des Wehrdienstes stellte der Arzt eine Immunschwäche fest. „Wenn andere sich

14 Tage mit einer Grippe herumschlagen, dann dauert sie bei mir zehn Wochen“, sagt der heute 56-Jährige. 1995 bekam er Nierenkrebs. Das Organ wurde sofort entnommen. Alle vierteljährlichen Untersuchungen blieben seit dem zum Glück ohne Befund. Seine Immunabwehr aber hängt nach wie vor durch. Gerade schleppt er sich wieder mit diversen Schwächen und Infekten herum. Seit zwölf Wochen geht das so.

Für Walter Mämpel und Harry Widmer ist fraglos, dass ihre Leiden mit der Strahlung kamen. Die Bundeswehr hat das oft abgestritten. Die NVA kann es nicht mehr. Heruntergespielt haben beide Armeen die Gefahr. Wider besseres Wissen. Radarmechaniker bekamen bis weit in die 70er Jahre hinein weder eine Belehrung, noch wurden sie gewarnt oder mussten Bleischutz tragen, wie es später üblich war. Strahlenschutz war für die Bundeswehr ein Fremdwort. Doch Röntgenstrahlen durchleuchten nicht nur den Körper. Sie bleiben im Gewebe hängen, verändern es.

Eine eigens eingerichtete Radarkommission empfahl 2003, wegen der Häufung der Krebs- und sonstigen Krankheitsfälle bei einstigen Radarsoldaten die Röntgenstrahlung als Verursacher anzunehmen. Bis auf einen seien alle bösartigen Tumore, die mindestens fünf Jahre nach der Verstrahlung auftraten, als Berufskrankheit anzuerkennen und zu entschädigen. In Ost und West.

Trotzdem kämpfen Mämpel und Widmer bisher vergeblich um eine Entschädigung. „Wir haben die Geräte damals bei laufendem Betrieb repariert, waren der vollen Röntgendosis ausgesetzt. Die Bundeswehr behauptet, die Geräte hätten sich abgeschaltet. Das stimmt aber nicht“, sagt der einstige NVA-Wehrdienstler Harry Widmer. Allerdings hätten bisher alle Gerichte die Lesart der Bundeswehr übernommen. Auch die Bundesregierung lehnte Entschädigungen ab, fühlt sich nicht zuständig. „Ich bekam bereits Wehrdienstbeschädigtenrente. Nach vier Jahren wurde

die aber wieder gestrichen. Obwohl sich meine Gesundheit nicht gebessert hatte“, erklärt Walter Mämpel. Bei beiden sind Widerspruchsverfahren anhängig. Die ziehen sie durch, obwohl eine von Bundesregierung und Bundestag zu gründende Stiftung die Entschädigungslage ändern könnte. Eine Stiftung war schließlich das, was alle Radaropfer immer wollten.

„Ich bin gespalten. Die Einrichtung einer Stiftung ist gut. Die sieben Millionen Euro Stammkapital sind viel zu wenig“, sagt der Hannoveraner Mämpel. „Die Stiftung ist ein Fortschritt, ein richtiges Entschädigungsgesetz wäre aber besser gewesen“, sagt Mämpels einstiger Staatsfeind Widmer und ergänzt: „Sieben Millionen Euro sind ein Schlag in die Gesichter der Betroffenen.“

Die Männer haben eine einfache Rechnung aufgemacht, bevor sie ihr Urteil fällten. Sie haben das Stammkapital durch die Zahl der Betroffenen geteilt. Etwa 3800 Antragsteller soll es aus beiden deutschen Armeen geben. Etwa 700 Fälle wurden anerkannt, nicht alle aber auch entschädigt. Das Stammkapital brächte keine 2000 Euro für jeden. Als Einmalzahlung wohlgehemmt. Übliche Entschädigungen in Form von Wehrdienstbeschädigtenrenten liegen in ganz anderen Bereichen. Das bestätigt der Berliner Rechtsanwalt Reiner Geulen, dessen Kanzlei viele Radaropfer vertritt. Entsprechende Monatsrenten betragen



Walter Mämpel



Harry Widmer



Auf Ortungsgeräten wie dem vom Typ 03B15 arbeiteten NVA-Radarmechaniker. Wand an Wand mit hoher Röntgenstrahlung. Foto: dpa

ein paar hundert Euro. „Das auf 20 und mehr Jahre nachgezahlt ergibt schon eine ordentliche fünfstelligen Summe“, sagt Geulen. Sieben Millionen Euro würden nie und nimmer reichen. Geulen will zunächst gar nicht über Geld reden. Er fordert von den Stiftungsgremien, alle Betroffenen zu erfassen. „Dann müssen Kriterien entwickelt werden, nach denen das Geld ausgekehrt wird“, sagt der Anwalt. Das müsse dann schnell geschehen. Schließlich seien viele bereits in einem hohen Alter.

Trotz aller Skepsis hoffen die einstigen Radartechniker Mämpel und Widmer auf Beihilfen aus der Stiftung. Als Entschädigung dafür, dass sie ihre Gesundheit ruinierten – während und wegen der deutschen Teilung. Ihr Schicksal zeigt, dass die Waffen zwar aufeinander gerichtet, die Verhältnisse aber nicht so verschieden waren in beiden deutschen Armeen. Zumindest in punkto Strahlenschutz nicht.

HINTERGRUND

Radarkommission

Auf Ersuchen des Verteidigungsausschusses wurde 2002 vom Verteidigungsministerium die Radarkommission eingesetzt. Chef war Wolfram König (Grüne), Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz. Die Kommission untersuchte die Möglichkeit einer Gesundheitsgefährdung durch Tätigkeit an Radargeräten bei Bundeswehr und NVA.

Die Experten kamen zum Schluss, dass in den Radargeräten Bauelemente wie Elektronenröhren verwendet wurden, die als Nebenprodukt Röntgenstrahlung erzeugten. Sie stellten fest, dass bis 1985 an den Anlagen für das Personal kein oder nur unzureichender Strahlenschutz vorgesehen war. Laut Gremium seien alle Krebsarten bis auf eine Leukämieart bei den Betroffenen als von Röntgenstrahlung

verursacht anzusehen. Die Strahlungsbelastung durch radioaktive Leuchtfarben sollte im Einzelfall ermittelt werden. Hochfrequente Radarstrahlung wurde als Verursacher von Katarakten und der Trübung der Augenlinse benannt. Diese sollten als berufsbedingte Erkrankungen anerkannt werden.

Alle auf Röntgenstrahlung zurückgehende Krebserkrankungen bei einstigen Radartechnikern sollten anerkannt, die Ex-Soldaten und Zivilbeschäftigten dazu angehört werden. Die Kommission erklärte, dass sie keinen fachlichen Grund für die damalige Praxis der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums erkennen konnte, die Strahlenbelastungen der Antragsteller je nach Beschäftigtenstatus unterschiedlich zu bewerten. A. F.

Dschingis Khan bekommt Konkurrenz

Seltene Rohstoffe für Mongolei immer wichtiger / Bundeskanzlerin lobt bei Staatsbesuch Fortschritt im Land

**Ulan Bator.** Dschingis Khan thront über allem. 40 Meter hoch, einige Kilometer vor den Toren der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator. Übergroß am Eingang des Regierungsgebäudes, das zugleich Sitz des Präsidenten und des Parlaments ist. Und damit auch über der Militärparade auf dem riesigen Vorplatz. Angela Merkel und der mongolische Ministerpräsident Sukhbaata Batbold sehen aus wie kleine Punkte, als die Soldaten in bunten Uniformen und mit ihren zähnen Ponys zu Ehren der Kanzlerin aufmarschieren.

Der Herrscher, der im 13. Jahrhundert die mongolischen Stämme einte und weite Teile Zentralasiens und Chinas eroberte, ist der Stolz des Landes. Und seit geraumer Zeit sind es auch die Bodenschätze, die noch nicht erschlossen sind und den Reichtum des Landes mehren werden. Ein Wettrennen internationaler Investoren ist im Gange. Deutschland kommt spät, vielleicht zu spät. Auch deshalb hat Merkel trotz Euro-Krise an dem Besuch in der Mongolei festgehalten. Es geht um viel Kohle – Koks-Kohle und um Metalle der seltenen Erden.

Die Mongolei ist wirtschaftlich abhängig von den übergroßen Nachbarn China und Russland und kann kaum gegen den Willen der beiden Mächte Geschäfte schließen, verlaute aus der Wirtschaftsdelegation. Von Staatspräsident Tsakhia Elbegdorj sind die Worte übermittelt, die Mongolei sei ein „kleines friedlie-

bendes Pony zwischen zwei Elefanten“. Ulan Bator sucht nach sogenannten Dritt-Partnerstaaten – Länder außerhalb ihrer Nachbarn im Norden und Süden.

Merkel macht deutlich, dass Deutschland nicht zu den Ländern gehöre, das mit großen Geschenken kommen könne. Die Bundesrepublik bringe kein Geld mit, sondern biete gute Technologie und Ausbildung. Oft ist das nicht so lukrativ wie Bares. Die Kanzlerin lobt die Mongolei dafür auffallend stark. Sie spricht sogar vor dem Parlament, das angeblich

auf Drängen des Ministerpräsidenten doch eine Ehrensitzung einberief. Sie wirbt für eine Reform des Wahlrechts, um mehr Repräsentanz der Bürger zu gewähren – vielleicht auch der Frauen, denn in der Sitzung ist nur eine einzige Abgeordnete unter den Männern.

Batbold ist ein weltgewandter Politiker, der von Demokratie, sozialer Verantwortung, freier Marktwirtschaft und Chancengleichheit spricht – die ganze Klaviatur schöner Worte, die ausländische Besucher gerne hören. Und so erntet die junge Demokratie auch von Mer-

kel die Anerkennung. Doch kann nicht übersehen werden, dass das Land von Armut, hoher Arbeitslosigkeit, Bürokratie und Korruption geplagt ist. Auch von Wahlbetrug ist die Rede.

Ob beim Volk etwas von dem Reichtum durch die Rohstoffe ankommt, wie Merkel mahnt, erscheint noch fraglich. Ein Drittel der 2,8 Millionen Mongolen lebt in Armut. Zwar stehen europäische Sozialstandards in der Verfassung, aber Kritiker beklagen Ausbeutung und „blanken Kapitalismus“. Viele Arme in den Jurtensiedlungen in den Vororten Ulan Bators haben wenig Vertrauen in die Regierung.

„Es ist nur eine Scheindemokratie“, kritisiert der führende Grünen-Politiker Olzod Boum. „Von außen sieht das alles gut aus.“ Er habe mitbekommen, wie Politiker gekauft werden. „Wir sind eines der korruptesten Länder der Welt geworden.“ Im Korruptionsindex von Transparency International rangiert die Mongolei auf Platz 116 von 178 Ländern weit unten – ähnlich wie Vietnam oder glücklose Staaten wie Äthiopien und Mosambik.

„Das Volk spricht darüber, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“, weiß auch Ministerpräsident Batbold. Dass seine Regierung so heftig kritisiert wird, sieht er auch als Beweis für den Erfolg des politischen Wandels an. „Das zeigt doch schon, dass es eine Demokratie ist.“ Kristina Dunz/Andreas Landwehr



Größe ist relativ. Angela Merkel und Sukhbaata Batbold vor der Skulptur des legendären Mongolenherrschers Dschingis Khan. Foto: dpa

STICHWORT

Seltene Erden

Zu den sogenannten seltenen Erden gehören nach dem Periodensystem 17 Elemente. Im weiteren Sinn wird die Bezeichnung auch noch für etwa 40 weitere seltene Metalle gebraucht. Die seltenen Erden und die seltenen Metalle haben außergewöhnliche Eigenschaften. Diese machen sie unentbehrlich für die Herstellung vieler Hightech-Produkte wie etwa Handys, Computer-Chips, Flachbildschirme oder Touchscreens. Sie werden auch in Batterien, Magneten, Glasfaserkabel, Katalysatoren und in Energiesparlampen eingesetzt.

Zu den seltenen Erden zählen Lanthan, Neodym, Dysprosium oder Yttrium. Zu den begehrten seltenen Metallen gehören etwa Indium, Germanium, Gallium, Tantal, Tellur oder Molybdän. Die Weltproduktion der seltenen Erden liegt bei etwa 160 000 Tonnen. Bis zu 97 Prozent der weltweiten Förderung und des Angebots kommen aus China, das aber den Export künstlich drosselt und damit auch den Ärger der Welthandelsorganisation auf sich zieht. Wegen der technologischen Innovationen steigt die Nachfrage enorm. Deshalb sind Engpässe bei einzelnen seltenen Erden nicht auszuschließen. dpa